

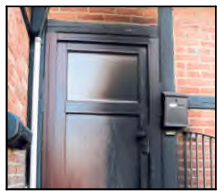
# Wieder Gewalt in Freital

Feuer auch in Niedersachsen

**Freital/Sehnde** (epd). Am Wochenende sind in Deutschland erneut zahlreiche fremdenfeindliche Anschläge verübt worden. Im sächsischen Freital warfen Unbekannte illegale Feuerwerkskörper auf ein Asylbewerberheim. Im niedersächsischen Sehnde legte ein Mann einen Brand in einem Fachwerkhaus, in dem Asylbewerber untergebracht waren. Bei dem Anschlag auf die Flüchtlingsunterkunft in Freital wurden in der Nacht zum Sonntag mindestens drei Fenster von bewohnten Zimmern im Erdgeschoss beschädigt. Ein Bewohner erlitt Verletzungen im Gesicht. Eine rechtsextreme Motivation sei »sehr wahrscheinlich«, teilte die Polizei mit.

Freital hatte im Juni durch fremdenfeindliche Aufmärsche gegen eine Flüchtlingsunterkunft bundesweit Schlagzeilen gemacht. Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) verurteilte den Anschlag in Freital als »feige und kaltblütige«. Die Täter hätten schwere Verletzungen oder gar Schlimmeres billigend in Kauf genommen, erklärte er gestern in Dresden. Die Täter müssten »empfindlich bestraft werden. Die Angreifer müssten wissen, dass für sie kein Platz in unserer Gesellschaft ist«, ergänzte Ulbig.

In Sehnde wurde im Eingangsbereich eine Fachwerkhaushaus, in dem Flüchtlinge untergebracht sind, Feuer gelegt. Passanten bemerkten den Brand gestern Nacht um 1 Uhr. Die Feuerwehr konnte die Flammen schnell löschen. Verletzt wurde niemand. Unter Tatverdacht steht ein 43-jähriger Mann, der festgenommen wurde, wie die Polizei mitteilte. In der Nacht zum Samstag brannten zudem im sächsischen Dippoldiswalde mehrere Wohncontainer, in denen Flüchtlinge untergebracht werden sollten. Auch hier geht die Polizei von Brandstiftung aus. Der Schaden beläuft sich nach Schätzungen auf 300 000 Euro. In Dresden brannte etwa zur selben Zeit ein ehemaliges Hotel. Durch Feuer auf mehreren Etagen wurde auch dieses Gebäude unbewohnbar. Medienberichten zufolge sollten dort Flüchtlinge untergebracht werden. Die Polizei konnte dies zunächst jedoch nicht bestätigen. Auch die Brandursache ist demnach noch unklar.



Spuren eines Anschlags im niedersächsischen Sehnde. Foto: dpa



Dem erfolglosen Flüchtlingsgipfel folgte im Kanzleramt ein Krisentreffen der Unionsspitze, das bis zum Abend dauerte. Fotos: imago, dpa

# Krisenmarathon mit Teilerfolg

Der schwarz-rote Flüchtlingsgipfel scheitert – Union findet aber einen gemeinsamen Nenner

■ Von Hagen Strauß

Berlin (WB). Es ist bereits dunkel über dem Kanzleramt, als den Spitzen der Union doch noch ein Licht aufgeht, ein Durchbruch gelingt. Danach hatte es lange nicht ausgesehen, zumal der mit Spannung erwartete Gipfel der großen Koalition aus Union und SPD am Morgen so endete, wie er begonnen hatte – in der Krise.

Doch gestern Abend konnten zumindest Bundeskanzlerin Angela Merkel und CSU-Chef Horst Seehofer ihren vehementen Streit um den richtigen Weg in der Flüchtlingspolitik entschärfen. Zumindest ein wenig.

Danach sah es freilich lange nicht aus. Schon am Samstagabend, als sich die Unionsspitze bei Merkel im Kanzleramt versammelt hat, soll es alles andere als friedlich zugegangen sein. Fast fünf Stunden debattiert man die Lage. Seehofer fordert seit Wochen einen restriktiveren Kurs in der

Flüchtlingspolitik, ein Signal der Kanzlerin, dass man die Obergrenze bei der Aufnahme von Menschen erreicht hat. Die bayerischen Kommunen sitzen dem Ministerpräsidenten im Nacken. Doch Merkel will das nicht, es entspricht nicht ihrer Politik. Seehofer hat ihr sogar ein Ultimatum gestellt, das gestern abläuft. Aber Merkel erklärt unbeeirrt ihr Vorgehen zur Bekämpfung der Fluchtursachen. Sie ist zwar genevort von den Attacken des Baujuwars, das Vertrauensverhältnis zwischen ihr und Seehofer ist extrem belastet. Doch erpresst lässt Merkel sich nicht. Es heißt, zwischen beiden knirscht es gewaltig.

Nach etwas kommt hinzu, was Seehofer die Laune verdorbt: Die Führungsspitze der SPD hat zuvor im Willy-Brandt-Haus gelagt. Herausgekommen ist dabei, dass man nicht nur die Begrenzung des Familiennachzugs als verfassungswidrig zurückweist. Auch die von der CSU geforderten, grenznahen Transitzonen lehnen die Sozialde-

mokraten »als riesige Haftzonen« ab. Sie halten sie für nicht umsetzbar. Die Genossen erhöhen stattdessen den Druck auf ihren Koalitionspartner mit einer eigenen Idee: Sie schlagen vor, dezentrale Registrierungs- und Einreisezentren innerhalb Deutschlands einzurichten. Seehofer gibt das jedoch nicht weit genug, und er lässt dies Gabriel beim gestrigen Spitzentreffen auch wissen. Der Bayer steht mächtig unter Druck nach seinen Attacken gegen Merkel. Als der SPD-Chef nach zwei Stunden das Kanzleramt mit verkniffener Miene verlässt, ist klar, dass Union und SPD keine Einigung erzielt haben. Regierungssprecher Steffen Seibert gibt eine kurze Meldung heraus: Man werde sich am kommenden Donnerstag vor der Ministerpräsidentenkonferenz wieder treffen.

»Es gibt eine Vielzahl von inhaltlichen Gemeinsamkeiten und einige noch zu klärende beziehungsweise offene Punkte. Dazu gehört auch das Thema Transitzonen«, so Seibert. Wer zwischen den Zeilen liest, hat jetzt Gewissheit: Der schwarz-rote Gipfel ist gescheitert. Kaum ist Gabriel davon erfahren, eilt Unionsfraktionschef Volker Kauder ins Kanzleramt. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt kommt wenige Minuten später zu Fuß, wehrt Fragen mit dem Satz ab: »Wir sind noch in Gesprächen.« Bei der Union weiß man – jetzt geht es ums Ganze. Auch dieses Krisentreffen dauert mehrere Stunden, bis am Abend dann doch weißer Rauch aufsteigt. Man einigt sich auf ein umfangreiches Positionspapier in der Hoffnung, dass damit alle Beteiligten ihr Gesicht wahren können. Darin werden die Transitzonen als »vordringlichste Maßnahme zur besseren Kontrolle unserer Grenze« bezeichnet. Für eine bestimmte Gruppe von Flüchtlingen will die Union den Familiennachzug für einen Zeitraum von zwei Jahren aussetzen. Wie viele Flüchtlinge dies betrifft, bleibt offen.

Doch es bleibt ein Problem für die Union – und das heißt weiter SPD. Wie der Koalitionspartner überzeugt werden soll, vorrät (noch) keiner.

ber. Wer zwischen den Zeilen liest, hat jetzt Gewissheit: Der schwarz-rote Gipfel ist gescheitert.

Kaum ist Gabriel davon erfahren, eilt Unionsfraktionschef Volker Kauder ins Kanzleramt. CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt kommt wenige Minuten später zu Fuß, wehrt Fragen mit dem Satz ab: »Wir sind noch in Gesprächen.« Bei der Union weiß man – jetzt geht es ums Ganze. Auch dieses Krisentreffen dauert mehrere Stunden, bis am Abend dann doch weißer Rauch aufsteigt. Man einigt sich auf ein umfangreiches Positionspapier in der Hoffnung, dass damit alle Beteiligten ihr Gesicht wahren können. Darin werden die Transitzonen als »vordringlichste Maßnahme zur besseren Kontrolle unserer Grenze« bezeichnet. Für eine bestimmte Gruppe von Flüchtlingen will die Union den Familiennachzug für einen Zeitraum von zwei Jahren aussetzen. Wie viele Flüchtlinge dies betrifft, bleibt offen.

Doch es bleibt ein Problem für die Union – und das heißt weiter SPD. Wie der Koalitionspartner überzeugt werden soll, vorrät (noch) keiner.

# Nicht Stunden in der Kälte

Passau (dpa). Der Flüchtlingsandrang in Bayern hat am Wochenende angehalten, war aber nicht mehr so dramatisch wie vor einigen Tagen. »Am Samstag kamen etwa 7300 Menschen über die österreichische Grenze nach Deutschland, für Sonntag kalkulierbar wir mit einem ähnlichen Niveau«, erklärte Stefan Brandl von der Bundespolizeidirektion München. Schwerpunkte seien der Raum Passau sowie Freilassing.

Stärker war der Andrang der Flüchtlinge jedoch im österreichischen Kufstein. Daher wurde der Zugverkehr nach Rosenheim in der Nacht zum Sonntag gestoppt. Ein Sprecher der Bundespolizeiinspektion Rosenheim sagte, er werde erst wieder aufgenommen, wenn Platz für weitere Flüchtlinge sei.

Deutschland und Österreich hatten den Zustrom der Flüchtlinge an der Grenze neu geregelt. Sie hatten sich darauf geeinigt, ausschließlich an den fünf Grenzübergängen Wegscheid, Neuhaus am Inn, Simbach am Inn, Laufen und Freilassing sogenannte Übergabe- und Kontrollstellen einzurichten. Dadurch hatte sich die Situation für die Flüchtlinge deutlich verbessert. Die Menschen müssen nicht mehr, wie noch Tage zuvor, stundenlang in der Kälte stehen.

# »Finanziell machbar«

Berlin (dpa). Deutschland kann die Flüchtlingskrise nach Ansicht des Ökonomen Marcel Fratzscher finanziell meistern. »Es ist ein Kraftakt, absolut«, sagte der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Die finanziellen Belastungen sehe er entspannt. »Ich glaube, wenn man die letzten 70 Jahre zurück-schaut, könnte es keinen besseren Zeitpunkt geben, um mit der Herausforderung umzugehen.«

Die öffentlichen Haushalte hätten riesige Reserven. »Wir rechnen mit 15 Milliarden Euro Überschuss für nächstes Jahr, obwohl dort schon knapp 10 Milliarden Euro zusätzliche Kosten für Flüchtlinge berücksichtigt sind«, sagte Fratzscher. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) werde dieses und nächstes Jahr die schwarze Null schaffen. Die große Frage danach sei, wie gut Flüchtlinge in Arbeit kämen. In der öffentlichen Debatte spiele ein Teil der Politik mit den Ängsten der Menschen und schüre einen Verteilungskampf, kritisierte Fratzscher. Zum Beispiel stimme das Argument nicht, wegen der Ausgaben für Flüchtlinge müssten womöglich Sozialleistungen oder Renten gekürzt werden. Die Ausgaben müsse man vielmehr als Investition sehen – ähnlich wie bei frühkindlicher Bildung.

# Mangel an Containern

Berlin/Koblenz (dpa). Die große Zahl an Flüchtlingen hat zu einem akuten Mangel an Wohncontainern in Deutschland geführt. Nach Branchenangaben beträgt die Lieferzeit für diese provisorischen Unterkünfte inzwischen rund sechs Monate. Auch die Kauf- und Mietpreise für die Container steigen deutlich. »Der Markt ist relativ leer«, sagte der Geschäftsführer des Bundesverbands Baustysteme, Günter Jösch.

Derzeit seien in ganz Deutschland 150 000 Wohn- und Bürocontainer im Umlauf. »Davon werden etwa 25 bis 30 Prozent für Flüchtlinge genutzt«, berichtete Jösch. Viele Container seien über langfristige Verträge an Industrie und Verwaltung vermietet. Sie könnten deshalb nicht kurzfristig zu Unterkünften für Flüchtlinge umfunktioniert werden.

Weil Kommunen auf neue Containerdörfer sonst sechs Monaten warten müssten, gebe es Überlegungen, sich Wohncontainer aus dem benachbarten Ausland zu beschaffen. Darüber spreche sein Verband auch mit dem Bundesbauministerium, sagte Jösch. Zur Miete koste ein Wohncontainer inzwischen ohne Nebenkosten rund 200 Euro pro Monat. Der Kaufpreis habe sich um bis zu 10 Prozent auf 6500 Euro erhöht.

# »Wir haben das Abschieben verlernt«

Flüchtlingskoordinator des Kanzleramtes zu Gast bei der CDU in Ostwestfalen-Lippe – Forderungskatalog vorgestellt

Bielefeld (WB/lud). Helge Braun muss sich darum kümmern, dass Deutschland die Flüchtlingsfrage bewältigt. Am Samstag war der Staatsminister im Kanzleramt bei der CDU Ostwestfalen-Lippe in Schloß Holte-Stukenbrock (Kreis Gütersloh) zu Gast.

Als Krisenmanager steht der Staatsminister dem obersten Flüchtlingskoordinator Peter Altmaier (CDU) zur Seite. Er weiß, wo aus Sicht der einzelnen Kommunen Verbesserungsbedarf besteht. »Wir haben das Abschieben verlernt«, sagte der 42-Jährige und lieferte Zahlen: »Zuletzt haben wir in Deutschland nur sieben Prozent der Menschen zurückgeschickt, die laut Gesetz in ihre Heimat abgeschoben werden müssen.« Hier soll sich schnell etwas ändern, versprach Braun vor 120 CDU-Mit-

gliedern im Gasthof »Zur Post«.

Ebenso bei der Verkürzung langer Asylverfahren. Doch sei dies nicht so einfach, da es in den vergangenen Jahren zu Versäumnissen gekommen sei. Dem Bundesamt für Migration fehlten durch Personalabbau die Hände für eine schnelle Bearbeitung. »Hier gibt es einen doppelten Engpass. Es sind viel mehr Verfahren, gleichzeitig werden Kräfte für die Ausbildung neuer Mitarbeiter gebündelt.«

Diskussionsgrundlage des Treffens war ein Forderungskatalog der CDU-OWL, der noch in diesem Monat beim Bezirksparteitag abgesegnet werden soll. Darin formuliert die CDU-Basis konkrete Maßnahmen, wie die Flüchtlingssituation bewältigt werden kann. Hauptautoren des Papiers sind der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments Einar Brok, der Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der CDU-OWL Tim Ostermann sowie der

stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion André Kuper. So unterschiedlich die politischen Wirkungsebenen der Autoren sind, so breit gefächert sind die von ihnen gemeinsam geforderten Maßnahmen.



Der Flüchtlingskoordinator im Kanzleramt, Helge Braun (Zweiter von links), wird begrüßt vom CDU-Bezirksvorsitzenden Steffen Kampeter sowie André Kuper und Tim Ostermann. Foto: Ostermann

An die Bundesregierung ist der Auftrag adressiert, einen Konsens auf europäischem Parkett zu erzielen. Der Europapolitiker Brok etwa sieht den Schlüssel zur Eindämmung des Flüchtlingsstroms im Umgang mit der Türkei. »Ein Tür-

kei-EU-Aktionsplan ist wichtig. Jeder Euro, den wir jetzt dorthin geben, spart viele Euros hierzulande«, zeigt er sich überzeugt. Auch würde die Sicherung der EU-Außengrenze zur Entspannung der Situation beitragen.

Kuper forderte vom Land die volle Kostenübernahme für Flüchtlinge. Auch wenn die Landesregierung hier eine Aufstockung angekündigt habe, eine 100-prozentige Übernahme müsse das Ziel sein. Kuper forderte, das Prinzip Sachleistung statt Taschengeld für Flüchtlinge – ein Punkt des neuen Asylrechts – auch in NRW schnellstens umzusetzen. Er berichtete von einem »Welcome to Berlin-Ticket«, das in der Hauptstadt eingeführt wurde und sich dieses als Option für NRW vor. »In den Zügen fahren vermehrt Flüchtlinge ohne Fahr-schein, die aufgrund der Sondersituation reisen gelassen werden müssen, während andere das Ticket bezahlen müssen.« Diese Ungerechtigkeit sei nicht tragbar.